



Kern: Unwürdige Praxis der Sommerferienarbeitslosigkeit endlich auch für junge Lehrkräfte beenden

Grün-Schwarz muss Jungpädagoginnen und –pädagogen zum Ende ihres Vorbereitungsdienstes so behandeln, dass es für sie gar keine Notwendigkeit gibt, abzuwandern.

Zum zweiten Tagesordnungspunkt der heutigen Plenarsitzung, sagt der bildungspolitische Sprecher der FDP/DVP-Fraktion, **Dr. Timm Kern**:

„Wir Freie Demokraten lehnen den handwerklich und inhaltlichen schlechten Gesetzentwurf der AfD entschieden ab!

Vielmehr stehen wir weiterhin hinter unserer Forderung, die Jungpädagoginnen und –pädagogen über die Zeit der Sommerferien weiter zu beschäftigen bzw. zu bezahlen – und in der Konsequenz den Vorbereitungsdienst um die Zeit der Sommerferien zu verlängern. Bei befristet tätigen Lehrkräften hat die grün-schwarze Landesregierung – nachdem die FDP-Fraktion dies seit Jahren vehement gefordert hatte – die unwürdige Praxis der Sommerferienarbeitslosigkeit vor Kurzem abgeschafft. Das Land hat gegenüber seinen Bediensteten eine Fürsorgepflicht. Wenn man nun bei Grün-Schwarz weiß, dass viele junge Lehrkräfte zwischen Aushändigung der Bestehensurkunde und Start ins erste Schuljahr als Lehrkraft bereits den Unterricht an den Schulen vorbereiten – zum Teil sogar die Schlüssel für die Schulen ausgehändigt bekommen – dann muss diese Landesregierung sowie Kultusministerin Theresa Schopper entsprechend reagieren.

Wundern braucht man sich da nicht mehr, wenn Lehrkräfte lieber in ein anderes Bundesland oder die Schweiz abwandern, statt sechs Wochen lang arbeitslos sein zu müssen. Angesichts des gravierenden Lehrkräftemangels erschließt sich mir dieses Vorgehen von Grün-Schwarz in keinster Weise.

Mein Appell geht deshalb an die grün-schwarze Landesregierung: Behandeln Sie die jungen Lehrkräfte endlich so, damit es für sie gar keine Notwendigkeit gibt, abzuwandern.“